

In der Senatssitzung am 3. Februar 2026 beschlossene Fassung

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag

21. Wahlperiode

Ergänzt um Beschluss der SK

Beschlussprotokoll

30. Sitzung

28.01.2026 und 29.01.2026

Nr. 21/627 – 21/647

Nr. 21/627

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wieder blind ins Risiko – Hat der Senat Bovenschulte aus dem Sozialleistungsbetrugsskandal nichts gelernt?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 4. November 2025
(Drucksache [21/1447](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 27. Januar 2026
(Drucksache [21/1584](#))
2. Zuwendungen im Land Bremen - Entwicklung, Monitoring, Digitalisierung und Transparenz
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 17. November 2025
(Drucksache [21/1474](#))
3. Einbrüche im Land Bremen – wie groß ist das Problem tatsächlich?
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 20. November 2025
(Drucksache [21/1483](#))
4. Wie kann im Land Bremen die Implementierung von CCS-/CCU-Technologien zur Speicherung von CO₂-Emissionen gelingen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. Dezember 2025
(Drucksache [21/1514](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 27. Januar 2026
(Drucksache [21/1585](#))
5. Der öffentliche Dienst im Land Bremen als Arbeitgeber
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 12. Dezember 2025
(Drucksache [21/1524](#))

6. Information gemäß Stabilitätsratsgesetz § 9 (StabiRatG)
Mitteilung des Senats
vom 16. Dezember 2025
(Drucksache [21/1535](#))

Nr. 21/628

Liste der Vorlagen ohne Aussprache vom 27. Januar 2026

1. Seitenwechsel von Journalisten in öffentliche Ämter – vorzugsweise als
Pressesprecher: Auswirkungen auf Pressefreiheit, Transparenz und
demokratische Kontrolle
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 9. Juli 2025
(Drucksache [21/1266](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 9. September 2025
(Drucksache [21/1342](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.
2. Gesetz zur Anpassung der Gefangenenvergütung in den bremischen
Vollzugsgesetzen
Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 2025
(Drucksache [21/1504](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
3. Information gemäß Stabilitätsratsgesetz § 9 (StabiRatG)
Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2025
(Drucksache [21/1523](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
4. Viertes Gesetz zur Änderung des Bremischen Sondervermögensgesetzes
Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2025
(Drucksache [21/1533](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

5. Bericht des Senats über die Aktivitäten der nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH (nordmedia) für das Jahr 2024
Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2026
(Drucksache [21/1555](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
6. Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften
Mitteilung des Senats vom 20. Januar 2026
(Drucksache [21/1568](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
7. Gesetz zur Neuregelung des Bremischen Ausbildungsgesetzes für Lehrämter
Mitteilung des Senats vom 20. Januar 2026
(Drucksache [21/1570](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
8. Bericht Nr. 25 des Ausschusses für Petitionen
Bericht und Antrag des staatlichen Ausschusses für Petitionen vom 23. Januar 2026
(Drucksache [21/1580](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 21/629

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag des Abgeordneten Holger Fricke und der Gruppe Bürgerallianz für Bremen/Bremerhaven:
„Bremen als Ausgangspunkt des Islamismus – Nūr al- ‘ Ilm als Gefahr für Demokratie und gesellschaftlichen Frieden“;

2. auf Antrag des Abgeordneten Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Zwischen Mercosur-Abkommen und Grönland-Zollkrieg: Europa im geopolitischen Umbruch und die Folgen für das Land Bremen“;

3. auf Antrag der Abgeordneten Cindi Tuncel, Muhlis Kocaağa, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion Die Linke:

„Angriffe des islamistischen al-Schaara-Regimes auf Rojava verurteilen und Sorgen von Bremer:innen und Bremerhavener:innen um die Sicherheit ihrer Angehörigen ernst nehmen“;

4. auf Antrag der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP:

„Gewalt gegen den Verfassungsschutz – Welche Verantwortung trägt Die Linke für das politische Klima?“.

Nr. 21/630

Regelbasierte Ordnung stärken – neue Partner gewinnen und Märkte erschließen – Mercosur-Abkommen schnell umsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. Januar 2026
(Drucksache [21/1581](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/631

Linksextremistische Einschüchterung entschlossen stoppen: Bremische Bürgerschaft verurteilt den Anschlag auf das Wohnhaus des Leiters des Verfassungsschutzes auf das Schärfste!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. Januar 2026
(Drucksache [21/1589](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

1. Die Bremische Bürgerschaft verurteilt den Anschlag vom 23./24. Januar 2026 und jede Form politisch motivierter Gewalt, Bedrohung und Sachbeschädigung als Angriff auf die freiheitliche demokratische Grundordnung auf das Schärfste. Jeglicher Relativierung politischer Gewalt, unabhängig davon, aus welchem politischen Spektrum sie erfolgt, tritt sie entschieden entgegen.
2. Die Bremische Bürgerschaft erkennt in diesen Taten das, was sie wirklich sind: Gewaltkriminalität gegen den Staat, seine Institutionen und seine Vertreter sowie ein Einschüchterungsversuch gegen unsere freiheitliche Gesellschaft. Die Bremische Bürgerschaft stellt sich entschlossen gegen jeden Versuch, diese Taten als „Aktivismus“ zu rechtfertigen und zu legitimieren.

3. Die Bremische Bürgerschaft stellt fest, dass der Anschlag auf das Wohnhaus des Leiters des Landesamts für Verfassungsschutz sowie die Beschädigung des Fahrzeugs einer unbeteiligten Nachbarsfamilie in jeder Hinsicht inakzeptabel sind und erkennbar auf die Einschüchterung des Behördenleiters abzielen; wobei die Aufklärung dieser Straftaten im besonderen öffentlichen Interesse liegt und der Schutz von Beschäftigten der Sicherheitsbehörden und deren Familien eine Kernaufgabe des Rechtsstaates ist.
4. Die Bremische Bürgerschaft erklärt ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem betroffenen Behördenleiter, seiner Familie sowie der unbeteiligten Nachbarsfamilie, deren Eigentum beschädigt wurde sowie mit den Beschäftigten von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, die tagtäglich für die Sicherheit im Land Bremen einstehen.

Nr. 21/632

Ernährungsstrategie für das Land Bremen: Wo stehen wir, wo wollen wir hin?

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

vom 6. Oktober 2025

(Drucksache [21/1386](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 2025

(Drucksache [21/1505](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/633

Stipendienprogramm für Ausbildung in Engpassberufen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND

vom 15. Januar 2026

(Drucksache [21/1563](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/634

Änderung des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes

Antrag der Fraktion der CDU

vom 20. Januar 2026

(Drucksache [21/1565](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

vom 27. Januar 2026

(Drucksache [21/1588](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 28 Absatz 1 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 21/635

Psychische und körperliche Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen in früherer Heimunterbringung – Forderung nach Aufarbeitung und Lehren, Entschuldigung und Entschädigung durch das Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 25. März 2025

(Drucksache [21/1096](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/636

ESF in Bremen – wie geht es weiter?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 26. März 2025
(Drucksache [21/1105](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 5. Mai 2025

(Drucksache [21/1171](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/637

Fragestunde

1. Zwischen Vorrücken und Verweilen: Individuelle Förderung im Bremer Schulsystem

Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwerser, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 4. Dezember 2025
2. Gute Arbeit braucht gute Löhne: Erhöhung des Mindestlohns in den Jahren 2026 und 2027

Anfrage der Abgeordneten Basem Khan, Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 4. Dezember 2025
3. Wie sind die Pläne des Senats für das kulturelle Rahmenprogramm zum Tag der Deutschen Einheit 2026 in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Elombo Bolayela, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 4. Dezember 2025

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

4. Auszeichnung für herausragende Küchen und Verpflegungskonzepte

Anfrage der Abgeordneten Bithja Menzel, Dr. Franziska Tell, Dr. Emanuel
Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 4. Dezember 2025

5. Rassismusbekämpfung und Empowerment in Bremer und Bremerhavener Schulen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 4. Dezember 2025
6. Berufssprachkurse unter Druck: Bundeskürzungen und ihre Folgen für Bremens Integrationsziele
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 4. Dezember 2025
7. Wie können Arbeitsbedingungen von Beschäftigten bei Lieferdiensten verbessert werden?
Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke vom 4. Dezember 2025
8. Gewaltaufruf gegen Politiker:innen durch Polizeihauptkommissar
Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion Die Linke vom 4. Dezember 2025
9. Anstieg der Firmeninsolvenzen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 10. Dezember 2025
10. Hilfe für auf Sauerstoff angewiesene und heimbeatmete Patienten im Krisen- oder Katastrophenfall?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 13. Januar 2026
11. Saustall Sanitäranlage – Wird der Sanierungsstau der Schulklos im Land Bremen behoben?
Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 14. Januar 2026
12. Vorsätzliche Tierquälerei in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 21. Januar 2026

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 21/638

Solidarität mit der Freiheitsbewegung im Iran – Für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie

Antrag der Fraktionen der FDP, der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke

vom 27. Januar 2026

(Neufassung der Drucksache [21/1576](#) vom 22. Januar 2026)

(Drucksache [21/1590](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

1. Die Bremische Bürgerschaft bekennt sich zu den universellen Werten von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Diese Werte sind nicht relativierbar und gelten unabhängig von nationalen Grenzen.
2. Die Bremische Bürgerschaft verurteilt die brutale Reaktion des iranischen Regimes auf die Proteste sowie willkürliche Verhaftungen, Folter, Tötungen sowie die angekündigten Schnellverfahren und drohenden Hinrichtungen aufs Schärfste.
3. Die Bürgerschaft erklärt ihre Solidarität mit der Frauen- und Freiheitsbewegung im Iran.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. gegenüber der Bundesregierung klar Position zu beziehen und folgende Maßnahmen zu unterstützen beziehungsweise einzufordern:
 - a) gezielte Sanktionen gegen alle Verantwortlichen der Repression sowie ihre Familienmitglieder unverzüglich auszuweiten und durchzusetzen, insbesondere gegen die Führungsebene der Regierung, der Justiz, der Revolutionsgarde und der Sicherheitsapparate inklusive Einreiseverbote und Asset-Freeze;
 - b) sich mit Nachdruck auf EU-Ebene für die Einstufung der Islamischen Revolutionsgarde (IRGC) als Terrororganisation einzusetzen und bis zu deren Umsetzung alle verfügbaren Sanktionsinstrumente gegen deren Strukturen zu nutzen;
 - c) Maßnahmen zur Verhinderung des Ölverkaufs durch die sogenannte Schattenflotte des Regimes zu unterstützen;
 - d) Programme zur Unterstützung freier Information und sicherer Kommunikation (Umgehung von Netzsperrern) massiv gestärkt werden;
 - e) die systematische Einschüchterung, Überwachung und Bedrohung von Exil-Iranerinnen und -Iranern in Deutschland und Europa als staatliche Repressionspraxis des iranischen Regimes anzuerkennen und strafrechtlich durch Polizei- und Sicherheitsbehörden konsequent zu verfolgen;
 - f) humanitäre Visa/Aufnahmeprogramme für besonders gefährdete Aktivisten, Journalisten, Menschenrechtsverteidiger im beschleunigten Verfahren zu starten und bestehende Visa zu verlängern;
 - g) internationale Untersuchungen, Beweissicherung und strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen für Menschenrechtsverbrechen aktiv zu unterstützen;

- h) gemeinsam mit europäischen Partnern strukturierte Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen iranischen Oppositionskräfte im Exil aufzunehmen, um im Falle eines Machtwechsels einen friedlichen Übergang im Iran zu unterstützen.
- 2. auf Landesebene Maßnahmen zu ergreifen, um die Lage der Bevölkerung im Iran und die dort stattfindenden Verletzungen der Menschenrechte zu thematisieren. Dazu gehört:
 - a) analog zu anderen Bundesländern wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen einen auf drei Monate befristeten Abschiebestopp in den Iran zu erlassen;
 - b) Schutz und Unterstützung für Betroffene von Einschüchterung/Bedrohung in Bremen und Bremerhaven zu stärken und hierbei auch Minderheiten und die Geschlechterperspektive zu berücksichtigen
 - c) gemeinsam mit den Hochschulen im Lande Bremen ein Freiheits-Stipendium für Studierende/Wissenschaftler aus dem Iran zu prüfen und umzusetzen
 - d) entschieden gegen regimenahe Strukturen der Islamischen Republik Iran im Lande Bremen vorzugehen.
 - e) weiterhin Landesmittel, Räume und Förderprogramme nicht an Organisationen, Vereinen oder Projekten zur Verfügung gestellt werden, die nachweislich dem iranischen Regime nahestehen, von ihm gesteuert werden oder gezielt dessen Propaganda und Narrative verbreiten.
- 3. den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit sechs Monate nach Beschluss des Antrags über den Umsetzungsstand der Forderungen zu unterrichten.

Nr. 21/639

Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen sicherstellen – Bürokratie abbauen!

Antrag der Fraktionen Die Linke, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

vom 22. Januar 2026

(Drucksache [21/1577](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- 1. die Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung des § 19 Schwangerschaftskonfliktgesetzes (SchKG) und die dazugehörigen Anlagen mit dem Ziel zu überarbeiten, das Verfahren zur Kostenerstattung eines Schwangerschaftsabbruchs entsprechend der gesetzlichen Vorgabe so niedrigschwellig wie möglich zu gestalten. Dabei sollte
 - a) im Regelfall auf schriftliche Nachweise verzichtet werden und die glaubhafte Darlegung der antragsstellenden Person ausreichend sein;
 - b) die in den zur Verwaltungsvereinbarung zugehörigen Auslegungsbestimmungen (Anlage 2a) beschriebenen Anforderungen

zum gewöhnlichen Aufenthalt entsprechend dessen rechtlicher Definition angepasst werden und die bisher geltende Voraussetzung eines Aufenthaltstitels gestrichen werden;

- c) die dort beschriebene Regelung zur Leistungsgewährung an Empfänger:innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz so angepasst werden, dass Schwangere, die Leistungen in einem anderen Bundesland beziehen, an den dort zuständigen Träger verwiesen werden;
2. gemeinsam mit den Krankenkassen im Land Bremen zu prüfen, inwieweit das Kostenerstattungsverfahren vereinfacht werden kann, indem beispielsweise die Ärzt:innen direkt mit dem Land abrechnen;
3. zu prüfen, wie auch im Land Bremen eine auskömmliche Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen über eine Pauschale ermöglicht werden kann;
4. die Krankenkassen im Land Bremen über die angepasste Verwaltungsvereinbarung umfassend zu informieren und mit den Krankenkassen ins Gespräch zu gehen, damit auch diese ihre Arbeitsanweisungen und -prozesse zur Bearbeitung von Anträgen zur Kostenübernahme eines Schwangerschaftsabbruchs nach § 19 SchKG entsprechend der angepassten Verwaltungsvereinbarung ändern;
5. sich auf Bundesebene auf Grundlage der Erkenntnisse der ELSA-Studie dafür einzusetzen, dass die Kosten eines Schwangerschaftsabbruchs künftig regelhaft von den Krankenkassen übernommen werden, um allen betroffenen Schwangeren einen gleichberechtigten Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu gewährleisten;
6. der staatlichen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz sowie dem Ausschuss für die Gleichstellung der Frau sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 21/640

Fast 45 Millionen verschenkt – Inkonsequente Rückholung des Unterhaltskostenzuschusses – Kümmert sich Bremen nicht ums Geld?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 8. April 2025
(Drucksache [21/1130](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 10. Juni 2025

(Drucksache [21/1218](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/641

Unterhaltskostenvorschussstellen angemessen ausstatten und aufstellen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 6. November 2025
(Drucksache [21/1450](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/642

Zehn-Punkte-Programm zur Stärkung der Bildungskompetenzen im Land Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke

vom 23. Januar 2026

(Drucksache [21/1578](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein Zehn-Punkte-Programm zur Stärkung der Bildungskompetenzen auf den Weg zu bringen, das folgende Elemente beinhaltet:
 - a) Auf guten Unterricht kommt es an: Die Unterrichtsqualität im Land Bremen ist systematisch weiterzuentwickeln und mit Priorität an der sprachlichen Entwicklung und der Vermittlung von Basiskompetenzen auszurichten. Lesen, Schreiben und Rechnen sind Kern der Unterrichtsentwicklung. Diese Basiskompetenzen sind durch strukturierte, angeleitete Unterrichtsphasen, tägliche Lesezeiten und formative Diagnostik abzusichern. Dabei sind Daten die Grundlage für eine erfolgreiche Schul- und Unterrichtsentwicklung, die verstärkt über das „Dashboard“ des Instituts für Qualitätsentwicklung im Land Bremen (IQHB) zugänglich und nutzbar zu machen sind. Eine personelle Stärkung des IQHB in seiner Rolle als beratende Instanz ist bereits erfolgt. Es ist zu prüfen, ob das Berliner Konzept der Fachcoaches auch ein Modell für Bremen sein kann, um Unterrichtsentwicklung an den Schulen zu unterstützen.
 - b) Ausbau Landesprogramm Deutsch: Ausreichende Sprachkompetenzen sind die Basis für erfolgreiches Lernen. Eine frühzeitige Sprachförderung muss auf den verpflichtenden Sprachstandserhebungen ab dem vierten Lebensjahr aufbauen. Es ist ein verbindliches Konzept für die anschließende Frühförderung in der Kita zu erarbeiten, das auf die systematische Vorbereitung auf Schrift- und Zahlspracherwerb auszurichten ist.
 - c) Landesprogramm Mathematik: Die Kompetenzen in Mathematik und den Naturwissenschaften müssen gezielt und nachhaltig verbessert werden. Dazu sind bestehende Initiativen („Mathe sicher können“, „QuaMath“ unter anderem) zu einem Qualitätsprogramm zusammenzuführen. Neben differenzierten Materialien für die Grundschule ist auch ein sprachsensibler Fachunterricht notwendig. Fachfremd unterrichtende Lehrkräfte sind verbindlich zu qualifizieren.
 - d) Schulen in benachteiligten Quartieren stärken: Um der massiven sozialen Spaltung im Bildungssektor zu begegnen, sind auch weiterhin zusätzliche Schulen aus der Sozialstufe IV („korrespondierende Schulen“) über die Bundesförderung hinaus in das Startchancenprogramm aufzunehmen. Neugegründete Schulen der Sozialstufen III-V sollen ab dem Schuljahr 2026/27 eine Stelle für Schulsozialarbeit erhalten. Die Doppelbesetzungen an Grundschulen werden perspektivisch weiter ausgebaut.

- e) Schulaufsicht in neuer Rolle: Eine datenbasierte Qualitätsentwicklung an den Schulen kann nur im Zusammenspiel der Schulaufsichten mit dem IQHB, dem LIS, der Abteilung Schulentwicklung und Fortbildung in Bremerhaven (SEFO) und den Fachberater:innen an den Schulen gelingen. Die Schulaufsichten sind in ihrer unterstützenden Rolle zu stärken, hierzu gehört beispielsweise die Umsetzung des Instruments der Zielvereinbarungen. Die Schulen nutzen die Daten zu Präsenz, Lernständen und Unterrichtsqualität zur Steuerung und Reflexion. Einheitliche Indikatoren und Berichtsformate sichern die Transparenz und die Datennutzung wird so Bestandteil kollegialer Lernprozesse.
- f) Eltern- und Familienarbeit stärken: Die Elternarbeit, Elternbildung und Elternberatung sowohl in der Kita als auch in der Schule sind zu intensivieren. Eine verbindliche Grundschulförderkette von der vorschulischen Förderung über die Einschulung bis zum Jahrgang 4 erfordert die gemeinsame Verantwortungsübernahme von Kita, Schule und Eltern. Um dieses besser möglich zu machen, werden zusätzliche Rückmeldungen zur Entwicklung und Unterstützungsbedarfen des Kindes etabliert.
- g) Ausbau und Qualitätsentwicklung des Ganztags: Im Unterschied zu Hamburg hat Bremen eine deutlich niedrigere Ganztagsquote, was mit weniger Lernzeiten, weniger sprachlicher Kommunikation und sozialer Interaktion verbunden ist. Daher ist der Ganztag in Bremen auch unter dem Gesichtspunkt der Kompetenzentwicklung auszubauen. Das Ziel bleibt der rhythmisierte, gebundene Ganztag mit breitem externem Angebot aus den Bereichen Sport, Umweltbildung, Kultur und Co. Der Ausbau auch im Bereich der Sekundarstufe I erfolgt prioritär in sozial benachteiligten Gebieten.
- h) Mehr Lernzeit für alle: Die Erhöhung der Lernzeiten ist Voraussetzung für eine verbesserte Kompetenzentwicklung. Dazu muss durch geeignete Maßnahmen der Unterrichtsausfall reduziert werden. Lernzeit muss als schulisches Qualitätsmerkmal etabliert und in Zielvereinbarungen verankert werden.
- i) Entlastung schaffen: Im Rahmen der Möglichkeiten sind Kita und Grundschule bei der Kompetenzentwicklung mit den notwendigen Ressourcen zu unterstützen. Dazu gehört beispielsweise die Entlastung in Kita durch systemische Assistenzen, der Ausbau schulischer Unterstützungsstrukturen und Stärkung der Arbeit in multiprofessionellen Teams. Mittelfristig werden der Ausbau von zusätzlichen temporären Lerngruppen sowie im Rahmen von Modellprojekten kleinere Kita-Gruppen in Kitas mit hohem Sozialindex angestrebt.
- j) Mehr Jugendliche zum Abschluss führen: Um kurzfristig mehr Jugendliche zu einem qualifizierenden ersten Schulabschluss zu führen, wird geprüft, wie in der Zeit vor dem Abschluss (Jahrgänge 8 bis 10) gezielte zusätzliche Förderung zur Prüfungsvorbereitung angeboten werden kann, zum Beispiel in Sprachcamps während der Schulferien.

Außerdem wird durch zusätzliche geeignete Maßnahmen die Schulmeidung gesenkt.

2. der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung sechs Monate nach Beschlussfassung und danach jährlich einen Bericht über die erfolgten Umsetzungsschritte und aktuelle Entwicklungen vorzulegen.

Nr. 21/643

Qualitätsentwicklung in Schule – eingeschlagenen Weg strukturell festigen

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Die Linke
vom 23. Januar 2026
(Drucksache [21/1579](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an die staatliche Deputation für Kinder und Bildung ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. das Institut für Qualitätsentwicklung im Land Bremen (IQHB) nach Hamburger Modell gesetzlich als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung zu verankern;
2. die Aufgaben und Kompetenzen des IQHB klar zu definieren und Kohärenz zu den Aufgaben und Kompetenzen des Senators für Kinder und Bildung und dem Schulamt Bremerhaven (unter anderem Schulaufsicht, digitale Schulentwicklung, Startchancen-Programm) sowie dem Landesinstitut für Schule (LIS) und der Abteilung Schulentwicklung und Fortbildung (SEFO) herzustellen, um so die Effizienz der bestehenden Strukturen zu steigern und dabei die folgenden Aspekte mit einzubeziehen:
 - a) die Analyse der Datengrundlagen zu Ausgangssituationen, Lernstandsentwicklungen und Lernerfolgen von Schüler:innen;
 - b) die Beratung und Unterstützung der Schulen bei der Qualitätsentwicklung auf Basis der Datenanalysen;
 - c) die Steuerung und das Vorantreiben von datenbasierten Schulentwicklungsprozessen in enger Zusammenarbeit mit den Schulen im Land Bremen;
3. die Zusammenarbeit zwischen Schulen und den genannten Akteuren auf eine verlässliche, langfristige Basis zu stellen, um wirksame Qualitätsentwicklungsprozesse gemeinsam gestalten zu können;
4. der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung und danach jährlich über den Umsetzungsstand zu berichten.

Nr. 21/644

Gesetz zur Änderung des Vergnügungssteuergesetzes

Mitteilung des Senats
vom 20. Januar 2026
(Drucksache [21/1569](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 21/645

Armutsbekämpfung in Bremen – noch immer Neben- oder schon Chefsache?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. April 2025
Drucksache [21/1143](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 27. Mai 2025

(Drucksache [21/1205](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/646

Polizeiberuf attraktiver machen – Einstieg in den Polizeidienst über die Fachoberschule Polizei ermöglichen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Mai 2025
(Drucksache [21/1180](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/647

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gewalt gegen medizinisches Personal im Gesundheitswesen konsequent begegnen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 6. Mai 2025
(Drucksache [21/1181](#))
2. Handel statt Hemmnis – Für eine weltoffene, wirtschaftsliberale Handelspolitik im hanseatischen Bremen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 10. Juni 2025
(Drucksache [21/1217](#))
3. Die Zeit drängt: Stand des Ganztagschulausbaus an Bremer und Bremerhavener Schulen im Jahr 2025
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 5. Juni 2025
(Drucksache [21/1216](#))
Dazu

Mitteilung des Senats vom 26. August 2025
(Drucksache [21/1319](#))

4. Bargeldlos, bürgernah, bürokratiefrei: Mobile Kartenlesegeräte für Bremens Polizei
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Juni 2025
(Drucksache [21/1236](#))
5. Kein Netz im Revier: Warum hat die Bremer Polizei immer noch kein WLAN?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. Juni 2025
(Drucksache [21/1237](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 5. August 2025
(Drucksache [21/1281](#))
6. Zwei Jahre Koalitionsvertrag – Zwei verlorene Jahre für die gleichberechtigte Teilhabe von schwerbehinderten Menschen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. Juni 2025
(Drucksache [21/1238](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. August 2025
(Drucksache [21/1307](#))
7. Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Mitteilung des Senats vom 8. Juli 2025
(Drucksache [21/1263](#))
8. Fünf-Punkte-Plan zur Ergänzung des Wissenschaftsplans 2030 und für die Stärkung des Wissenschaftsstandorts Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. Juni 2025
(Drucksache [21/1250](#))
9. Drittes Gesetz zur Änderung des Bremischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 1. Juli 2025
(Drucksache [21/1254](#))
10. Mehr Schutz vor Gewalt – Frauenhäuser stärken!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Oktober 2024
(Drucksache [21/789](#))
11. Mehr Schutz vor Gewalt – Frauenhäuser stärken!
Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau
vom 7. Juli 2025
(Drucksache [21/1262](#))
12. Fleiß statt Flausch – Leistungsgedanken wieder in den Schulen verankern
Antrag der Fraktion der FDP

vom 10. Juli 2025
(Drucksache [21/1270](#))

13. Wahl eines Schriftführers als Mitglied des Vorstands der Bürgerschaft
Antrag der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 30. Juli 2025
(Drucksache [21/1280](#))
14. Schutz der Integrität von Kindern in „Sozialen Medien“
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 14. Juli 2025
(Drucksache [21/1274](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. August 2025
(Drucksache [21/1308](#))
15. Verwaltungsdigitalisierung braucht eine zentrale Verantwortlichkeit,
Finanzierung und Steuerung!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. August 2025
(Drucksache [21/1301](#))
16. Einführung einer RIAS-Meldestelle in Bremen – Verbesserung der Erfassung
antisemitischer Vorfälle und Stärkung des Dunkelfeld-Monitorings
Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. August 2025
(Drucksache [21/1312](#))
17. PflegeHygiene-Verordnung verhältnismäßig und praxistauglich ausgestalten
Antrag der Fraktion der FDP
vom 25. August 2025
(Drucksache [21/1316](#))
18. Zeitenwende auch in Bremen – Gesetz zur Förderung der Bundeswehr im
Land Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. August 2025
(Drucksache [21/1322](#))
19. Verspätete Rechnungslegung der Gruppe Löhmann, Felgenträger und
Magnitz für das Jahr 2022
Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 1. September 2025
(Drucksache [21/1331](#))

20. Verspätete Rechnungslegung der Gruppe Löhmann, Felgenträger und Magnitz für das Jahr 2023
Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 1. September 2025
(Drucksache [21/1332](#))
21. Demokratische Diskussionskultur schützen
Große Anfrage der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Die Linke
vom 19. August 2025
(Drucksache [21/1303](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 30. September 2025
(Drucksache [21/1376](#))
22. Wer kümmert sich um Wildtiertnotfälle?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 19. August 2025
(Drucksache [21/1305](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 28. Oktober 2025
(Drucksache [21/1425](#))
23. Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt im Land Bremen – eine Illusion, mehr nicht?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 26. August 2025
(Drucksache [21/1317](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 30. September 2025
(Drucksache [21/1377](#))
24. Damit Assistenzhunde weiter geprüft werden können: Übergangsregelung wieder in Kraft setzen
Antrag der Fraktionen Die Linke, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 10. September 2025
(Drucksache [21/1346](#))
25. Für mehr Wertschätzung und Attraktivität des Berufsbildes: Heilfürsorge auch im Bremer Justizvollzug ermöglichen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. September 2025
(Drucksache [21/1349](#))
26. Klare Regeln für offene Kommunikation: Keine Gesichtsverschleierung an Bremens Schulen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. September 2025
(Drucksache [21/1363](#))
27. Stärkung der internationalen Hafenkooperationen: Partnerschaft der bremischen Häfen mit dem Hafen Taichung/Taiwan im Bereich

Digitalisierung, Offshore-Logistik und Smart-Port-Technologien
Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. September 2025
(Drucksache [21/1367](#))

28. Repowering von Windkraftanlagen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 1. September 2025
(Drucksache [21/1328](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 7. Oktober 2025
(Drucksache [21/1395](#))
29. Wie kann der öffentliche Dienst die Inklusion auf dem ersten Arbeitsmarkt fördern und weiter mit gutem Beispiel vorangehen?
Große Anfrage der Fraktionen Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD
vom 2. September 2025
(Drucksache [21/1336](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 11. November 2025
(Drucksache [21/1463](#))
30. Wissenschaftskommunikation stärken: für gesellschaftliche Teilhabe und politische Entscheidungsfindung
Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Die Linke
vom 7. Oktober 2025
(Drucksache [21/1400](#))
31. Baumschutzverordnung in Bremen außer Kraft setzen und mit echtem Beteiligungsprozess neu aufrollen!
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
vom 8. Oktober 2025
(Drucksache [21/1403](#))
32. Gefährdung durch Drohnen im Kontext Hybrider Angriffe auf kritische Infrastruktur im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. Oktober 2025
(Drucksache [21/1405](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 4. November 2025
(Drucksache [21/1442](#))
33. Naturdenkmale wieder unter besonderen Schutz stellen
Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke und der SPD
vom 8. Oktober 2025
(Drucksache [21/1406](#))
34. Sanierungskonzept für Polizeiliegenschaften im Land Bremen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 13. Oktober 2025
(Drucksache [21/1409](#))

35. Equal Pay und Equal Care – Wo stehen wir in Bremen?
Große Anfrage der Fraktion Die Linke
vom 2. Oktober 2025
(Drucksache [21/1385](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 9. Dezember 2025
(Drucksache [21/1519](#))
36. Antisemitismus im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
8. Oktober 2025
(Drucksache [21/1404](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 18. November 2025
(Drucksache [21/1479](#))
37. Entwicklung der Gewalkriminalität im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 20. Oktober 2025
(Drucksache [21/1414](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 2025
(Drucksache [21/1506](#))
38. Genug ist genug – Priorität für die Innere Sicherheit in Bremen
Antrag der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 19. November 2025
(Drucksache [21/1482](#))
39. Ausscheiden der ehemaligen Staatsrätin im Arbeitsressort Karin Treu und deren Weiterverwendung im Beamtenverhältnis
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 24. Oktober 2025
(Drucksache [21/1416](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 2025
(Drucksache [21/1507](#))
40. Ausbildungsunterstützungsfonds: Wie ist die Liquiditätssituation aufgrund der Klagen und wie hoch ist die Belastung bremischer Eigen- und Beteiligungsbetriebe?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. November 2025
(Drucksache [21/1435](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2026
(Neufassung der Drucksache [21/1552](#) vom 13. Januar 2026)
(Drucksache [21/1562](#))
41. Pfandlücke bei alkoholfreien Spirituosen schließen!
Antrag der Fraktion der CDU

- vom 4. November 2025
(Drucksache [21/1436](#))
42. Smart begleitet per App – für mehr Unterstützung bei geschlechterspezifischer Gewalt
Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. November 2025
(Drucksache [21/1460](#))
43. Islamismus entschlossen bekämpfen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 17. November 2025
(Drucksache [21/1473](#))
44. 3. Fortschrittsbericht zum Landesaktionsplan Istanbul-Konvention
Mitteilung des Senats
vom 18. November 2025
(Drucksache [21/1478](#))
45. The sky is not the limit – Stärkung des Luft- und Raumfahrtstandorts Bremen durch schulische Berufsorientierung
Antrag der Fraktion der FDP
vom 2. Dezember 2025
(Drucksache [21/1500](#))
46. Regionale Mitbestimmung in Europa erhalten – auskömmlichen EU-Haushalt sicherstellen
Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke
vom 3. Dezember 2025
(Drucksache [21/1512](#))
47. Konzeption und Einrichtung einer Wildtierauffangstation im Land Bremen
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 29. Januar 2026
(Neufassung der Drucksache [21/1515](#) vom 9. Dezember 2025)
(Drucksache [21/1593](#))
48. Antifa unter Beobachtung – Wann zieht Bremen Konsequenzen gegen linksextreme Gewalt?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 4. November 2025
(Drucksache [21/1437](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2025
(Neufassung der Drucksache [21/1534](#) vom 17. Dezember 2025)
(Drucksache [21/1540](#))
49. Willkür statt Strategie. Nach welchen Kriterien entscheidet der Senat über Fortsetzung oder Einstellung von Arbeitsförderprojekten 2026?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 4. November 2025
(Drucksache [21/1440](#))
Dazu

Mitteilung des Senats vom 20. Januar 2026
(Drucksache [21/1572](#))

50. Zukunftsfähigkeit des Leistungssports im Land Bremen: Perspektiven, Förderung und Herausforderungen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 11. November 2025
(Drucksache [21/1456](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 16. Dezember 2025
(Drucksache [21/1525](#))
51. Auf dem Holzweg oder startklar für die Zukunft? – Zum Stand der Berufsorientierung in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 14. November 2025
(Drucksache [21/1472](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2026
(Drucksache [21/1553](#))
52. Politische Ausrichtung und Verwendung öffentlicher Mittel beim Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) der Universität Bremen – Kritische Orientierungswochen, Kooperationen mit externen Gruppen und Einfluss auf Studierende
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 24. November 2025
(Drucksache [21/1487](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2026
(Drucksache [21/1554](#))
53. Ein Zuhause für Bremens Sporttalente: Haus der Athleten 2.0
Antrag der Fraktion der FDP
vom 28. November 2025
(Drucksache [21/1498](#))
54. Bremen sicherer machen – Maßnahmen für eine verlässliche Innenpolitik
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2025
(Drucksache [21/1521](#))
55. Gesetz zur Änderung des Bremischen Ladenschlussgesetzes (BremLadSchlG)
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2025
(Drucksache [21/1522](#))
56. Wissenschaftsplan 2030
Mitteilung des Senats vom 16. Dezember 2025
(Drucksache [21/1526](#))

57. Für ein Fortbestehen des Integrierten Gesundheitscampus Bremen (IGB) –
Das Bundesland Bremen zum Leuchtturm der Gesundheitsversorgung und
Gesundheitswirtschaft in Norddeutschland entwickeln!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. Dezember 2025
(Drucksache [21/1536](#))
58. Sicheres Parken im Land Bremen ermöglichen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 19. Dezember 2025
(Drucksache [21/1539](#))
59. Attraktivität des Justizvollzugsdienstes steigern und Rahmenbedingungen in
Sicherheitsberufen angleichen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 6. Januar 2026
(Drucksache [21/1547](#))
60. Objektive Daten zur Drogenproblematik in Bremen durch
Abwassermonitoring
Antrag der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 14. Januar 2026
(Drucksache [21/1561](#))

Beschluss für die Senatssitzung am 03.02.2026

1. Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) vom 28. und 29.01.2026 zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung der beschlossenen Gesetze.
2. Der Senat überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) Nr. 21/638 an die Senatskanzlei (Federführung) zur weiteren Veranlassung.
3. Der Senat überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) Nr. 21/639 an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration zur weiteren Veranlassung.
4. Der Senat überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) Nr. 21/642 an den Senator für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung.
5. Der Senat überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) Nr. 21/643 an den Senator für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung.